

Pressemitteilung

Haushaltsentwurf ist ein Bruch der Zusagen Deutschlands

Berlin, 15. Dezember. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für das Jahr 2010 ist auf Kritik gestoßen. Die entwicklungspolitische Organisation ONE wies darauf hin, dass Deutschland mit dem vorgelegten Ansatz die internationale Zusage, im kommenden Jahr 0,51 Prozent der Wirtschaftsleistung für weltweite Armutsbekämpfung zu verwenden, deutlich verfehlen wird.

„Bundeskanzlerin Merkel hatte die Einhaltung dieser Zusage mehrfach zugesichert. Das wird nun nicht klappen“, erinnert der Direktor von ONE in Deutschland, Tobias Kahler. „Das ist bedauerlich, denn die Bekämpfung weltweiter Armut ist eine globale Herausforderung, deren Bewältigung in unserem eigenen Interesse ist.“

Die Bundesregierung will sich nach eigenen Angaben nun auf die Zusage konzentrieren, bis 2015 den Anteil von 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung aufzubringen. Doch auch dieses Versprechen an die ärmsten Länder der Welt ist mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf schon jetzt in Gefahr. „Der vorliegende Entwurf weist so minimale Erhöhungen für den Entwicklungshaushalt auf, dass man von Stagnation sprechen kann. Damit erscheint die Ernsthaftigkeit zumindest fragwürdig, mit der nach dem Bruch des ersten Versprechens das zweite angepeilt wird“, so Kahler.

Nach Berechnungen von ONE wären ab 2010 jährlich Steigerungen von rund 1,5 Milliarden Euro notwendig, um bis 2015 das 0,7-Ziel zu erreichen.

1.351 Zeichen

ONE

ONE ist eine internationale Lobby- und Kampagnenorganisation, die sich gegenüber Regierungen mit der Unterstützung von weltweit über zwei Millionen Menschen im Kampf gegen extreme Armut und vermeidbare Krankheiten – insbesondere in Afrika – einsetzt. Mehr Informationen unter www.one.org.

Pressekontakt

ONE

Sergius Seeböhm, Leiter Kommunikation

Reinhardtstraße 47

10117 Berlin

Telefon: 030-319 891 570

www.one.org

Angela Merkel sagte...

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Zusagen an die ärmsten Menschen der Welt – gegeben auf dem G8-Gipfel von Gleneagles und im Rahmen des EU-Stufenplanes von 2005 – selbst nicht verhandelt. Sie hat sich jedoch während ihrer gesamten Amtszeit immer wieder dazu bekannt. Eine Auswahl:

Die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Deutscher Bundestag, 30. November 2005

Wir haben uns deshalb dazu verpflichtet, bis 2006 0,33 Prozent, bis 2010 mindestens 0,51 Prozent und bis 2015 die ODA-Quote von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen. Ich weiß, was ich da sage.

Interview mit Ulrich Deppendorf (ARD), Markus Förderl (n-tv), Peter Frey (ZDF) und Peter Limbourg (N24), 7. Juni 2007

Also, ohne Gleneagles würden wir zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland nicht die größten Steigerungen in unseren Budgets haben bei der Entwicklungshilfe. Und wir fühlen uns und ich fühle mich den Zielen für 2010 verpflichtet. Da wird abgerechnet. Da sind sehr anspruchsvolle Ziele vereinbart worden. Aber das Thema Afrika steht hier ganz hoch auf der Tagesordnung.

Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Tony Blair, und dem Vorsitzenden des „African Progress Panel“, Kofi Annan, 24. April 2007

Es geht darum, dass die Ziele, die in Gleneagles genauso wie die Millenniumsziele gesetzt wurden, Ziele sind, die alle in die Zukunft reichen. Wir müssen also keine weiteren Konferenzen abhalten, um Ziele zu definieren. Ich glaube, für die wesentlichen Entwicklungsgrößen Afrikas sind die Ziele definiert. Jetzt geht es darum, die Zeit zu nutzen und auch die entsprechenden Schritte zu tun, um diese Ziele dann auch zu erfüllen. Das heißt, im Jahre 2010 und im Jahr 2015 werden wir immer wieder überprüfbar bestimmte Dinge erreicht haben müssen. Dazu muss man natürlich jetzt einen bestimmten Fortschritt machen. Ich unterstütze alle Ziele. Wir haben trotzdem Sorge dafür zu tragen, dass das nicht stagniert und wir dann irgendwann 2008 oder 2009 da stehen und sagen: Wir haben uns leider zu spät gekümmert.

Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos, 30. Januar 2009

Wir dürfen die weltweite Armutsbekämpfung nicht aus dem Blick verlieren. Deutschland hat auch für das Haushaltsjahr 2009 – und das wird auch im Haushaltsjahr 2010 so sein – Steigerungsraten beträchtlicher Art bei den Ausgaben für Entwicklungshilfe. Entwicklungszusammenarbeit jetzt einzuschränken, würde nicht nur politische Instabilitäten bedeuten, sondern vor allen Dingen auch ein weiteres Auseinanderklaffen der Entwicklung in der Welt; gar nicht zu sprechen von den Enttäuschungen in den Ländern, denen wir mit unseren Millenniumszielen viele Versprechungen und Zusagen gemacht haben.

Rede bei der Kindernothilfe in Duisburg, 27. März 2009

Wir als Bundesregierung fühlen uns auch jetzt in der Krise und bei sinkenden Steuereinnahmen dazu verpflichtet, unsere Entwicklungsausgaben nicht zurückzufahren, sondern sie im Gegenteil zu erhöhen, weil das für die Menschen in den betreffenden Regionen ganz, ganz wichtig ist.